

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Oester, Industriehalle
Messeplatz-Zürich
Postgebühren
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ
der Sozialdemokratie deutscher Bunde

Abonnements
werden nur beim Verlag und
beim bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Wirteljahrespreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Reisepost);
Mk. 3.— für Deutschland (Courant);
Fr. 1.70 für Oesterreich (Courant);
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Reisepost).
Inserte
Die dreispaltige Zeile
25 Cts. — 20 Pfg.

N. 13.

Sonntag, 28. Dezember.

1879.

Preis an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. solche von dort an und nach unsern Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die letztere Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Rücksichtnahme darauf werden, die Meinungen über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu klären, und letztere dadurch zu fällen. Hauptforderung ist hierzu einzuführen, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unerschöpfliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unerschöpfliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich der größere Sicherheit Kommanditbrief. Soweit an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Von übernächster Nummer — Nr. 2 nächsten Jahres — an liefern wir nur an solche, welche ihr Abonnement in der früher angegebenen Weise (siehe Nr. 11 und 12) durch Vorausbezahlung erneuert haben. Wir ersuchen deshalb um schnelle Bestellung.

Ein hochinteressantes Aktenstück.

Vor etwas über einem Monat wurde in Breslau die von dem freireligiösen Prediger Herrn A. Reichenbach redigirte und herausgegebene Zeitschrift: „Deutsche Warte“ auf Grund des Sozialistengesetzes verboten. Nun ist aber Herr A. Reichenbach keineswegs Sozialist, sondern Mitglied der Fortschrittspartei, wie er jüngst selbst in der „Berliner Volkszeitung“ erklärte und auch in seiner Beschwerdeschrift an die Reichskommission hervorhob, welche letztere die Beschwerde aber trotzdem zurückwies. Diese Zurückweisung (welche von dem Beschwerdeführer in Abschrift an Reichstagsabgeordnete verschiedener Fraktionen vertheilt wurde) ist zur Kenntniss dessen, was die berühmte Zentral-Sozialistenvertilgungsbehörde, genannt Reichskommission, für sozialistisch hält und demnach als verboten betrachtet, so allgemein interessant und für die gegenwärtigen Zustände in Deutschland so charakteristisch, daß wir sie wörtlich wiedergeben. Einiges Kommentars bedarf es nicht; das selbige Schriftstück spricht für sich selbst.

erwähnte Gesetz macht diesen Unterschied nicht, sondern gebietet die Erlassung des Verbots der Druckchrift, und gestattet bei periodischen Druckschriften die Erstreckung dieses Verbots auf das fernere Erscheinen derselben bei allen Druckschriften ohne Rücksicht auf deren sonstige Tendenz, auf deren Leserkreis, oder auf die politische Richtung des Verfassers oder Verlegers, sobald nur die in § 11 des Gesetzes näher bezeichneten Bedingungen in der dort angeführten Weise in ihr zu Tage treten. Die Behauptung des Beschwerdeführers, daß er kein Sozialdemokrat, sondern Mitglied der Fortschrittspartei, und daß sein Blatt zunächst nicht für einen sozialdemokratischen Leserkreis bestimmt sei, ist demnach irrelevant.

Die sozialdemokratischen friedensgefährdenden Umsturzbestrebungen ziehen sich gleich einem rothen Faden durch alle in der Entschließung der königlichen Regierung zu Breslau vom 26. September d. Js. aufgeführten Nummern der in Frage stehenden Wochenchrift und dokumentieren zur Genüge, daß es sich hier nicht um eine durch den Inhalt der Nr. 22 bezugene einmalige Verfehlung gegen das Gesetz handelt, sondern daß die genannte periodische Druckschrift die Tendenz verfolgt, den vorerwähnten Umsturzbestrebungen ihre Dienste zu leisten. Zum Nachweise dieser Behauptung wird darauf hingewiesen, daß in Nr. 7 auf Seite 49 in dem „Einige Betrachtungen über die Politik des Reichskanzlers“ überschriebenen Artikel gelegentlich der Ausführung, wie es gekommen, daß politische Parteien, welche bisher Reichsfeinde genannt wurden, jetzt als Reichsfreunde gelten, behauptet wird, daß auch für die Sozialdemokraten, welche bisher stillschweigend Sünder geblieben seien, aber kurz oder lang eine andere Zeit kommen werde, und daß nur der ein Reichsfeind genannt werden dürfe, welcher das Volk zum Arbeiten und Gehorchen gegenüber einer höheren bevorzugten Klasse bestimmt wissen wolle.

In gleicher agitatorischer Weise wird in Nr. 19 auf Seite 145 in dem: „Ein verderblicher Irrthum“ überschriebenen Artikel der Satz, daß große, die Entwicklung des Menschengeschlechts betreffende Zeitfragen durch Gewalt nicht unterdrückt werden können, mit der Erlassung des gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie gerichteten Gesetzes in Verbindung gebracht, und behauptet, daß das genannte Gesetz der Sozialdemokratie keinen innern Schaden zugefügt, sondern die Partei sogar verstärkt und gekräftigt habe, was durch den Satz zu beweisen gesucht wird, daß man wohl eine Zeitung, nicht aber die Gedanken verbieten könne, welchen sie als Organ dient und daß die Reaktion Gegenruck erzeuge, und zum neuen Vorwärtsschreiten, zum Kampfe für Wahrheit, Freiheit und Recht ermuthige.

Auf Seite 147 derselben Nummer wird in dem Artikel „über das Gewerbeschiedsgericht für die Stadt Breslau“ gesagt, daß die natürlichen, aus dem Bedürfnisse der Arbeiter hervorgegangenen Organisationen durch das Sozialistengesetz zerstört worden, und daß die „Ehrenämter“ des vorgenannten Schiedsgerichts nur eine Schöpfung für die privilegierten Reichen seien. In derselben Nr. wird auf Seite 150 die Wahl von Sozialdemokraten in den preussischen Landtag empfohlen, und werden dieselben werthvolle Bundesgenossen der Fortschrittspartei genannt.

Die oben erwähnte Tendenz tritt auch in der Nr. 20 zu Tage, woselbst auf Seite 156 mit geheimer Schrift aus Dresden berichtet wird, daß man dabelbst Gelder für die ausgewiesenen Sozialdemokraten und deren Familien in Empfang nehmen dürfe, ferner auf Seite 157 gelegentlich einer Besprechung der Wahl Blanqui's in Bordeaux billigend bemerkt wird, daß man aus dieser Wahl ein Erwachen und eine Befestigung des Sozialismus erkenne, und endlich auf Seite 158 bei Besprechung der Arbeiterunruhen in Jazyge gesagt wird, daß bei der Untersuchung die Kardinalfrage, daß die Arbeiter mit dem zu knapp vorhandenen Lohn nicht existieren könnten, keine Beachtung gefunden habe, und daß, wie sich als Sinn des offenbar ironisch gefaßten vorletzten Satzes dieses Artikels ergibt, die preussische Regierung für die Arbeiter nichts thue.

In Nr. 21 endlich wird auf Seite 166 in einem Artikel aus Sachsen das Resultat der dortigen Landtagswahlen, daß nämlich zwei Sozialdemokraten in den Landtag gewählt worden sind, und die Sozialdemokraten in vielen Bezirken ansehnliche Minoritäten erlangt haben, als ein freudiges Ereigniß gefeiert!

Das von der königlichen Regierung in Breslau unterm 26. September d. Js. erlassene Verbot erscheint demnach in allen seinen Theilen vollkommen gerechtfertigt, und war demgemäß die von A. Reichenbach hiergegen erhobene Beschwerde, so wie geschehen, abzuweisen.

Die Reichs-Kommission. Starke.

Die in vorstehendem Aktenstück angeführten „Gründe“ sind, wenn man das Sozialistengesetz überhaupt billigt, so unerhört sie auch klingen, gar nicht so ungerecht. Na — wir müssen gestehen, daß wir uns sogar freuen, daß das Sozialistengesetz nunmehr auch einmal „illloyal“ — wie die Liberalen und Fort-

schrütler sagen werden — gehandhabt worden ist. Solange nämlich das Gesetz in der härtesten, rigorosesten und gesetzlosesten Weise nur gegen notorische Sozialdemokraten angewandt wurde, fanden die Herren Liberalen das Verfahren der Regierung und der Reichskommission stets „loyal“. Die „Quintessenz des Sozialismus“ von Schäffle wurde freigegeben, trotz des sozialistischen Inhalts der Broschüre, weil — Schäffle kein „notorischer Sozialdemokrat“ ist; das Verbot der „Bittauer Morgen-Zeitung“ wurde von der Reichskommission aufgehoben, nicht weil der Inhalt ungefährlich, sondern lediglich, weil das Blatt fortschrittlich ist; und die Beilage der „Chemnitzer Zeitung“, in welcher die Landtagskandidatur Bahstreich, eines notorischen Sozialdemokraten, empfohlen wurde, ist freigegeben worden, weil die „Chemnitzer Zeitung“ nationalliberal ist.

Das nannten die Liberalen loyal. Durch diesen Begriff der Loyalität macht ihnen nun der vorliegende Bescheid der Reichskommission einen derben Strich und deutet an, daß über allen oppositionellen Blättern das Damoklesschwert des Sozialistengesetzes schwebt! — Also steigt der tödtliche Preis, den die Liberalen gegen das demokratische Volk, das ist, gegen die Sozialdemokratie zu schleudern gedachten, zurück und trifft die ungeschickten und elenden Schützen. Das nennen wir eine „loyale“ Handlung des unerbittlichen Geschicks!

Die Zwickauer Katastrophe und die Mittel zur Verhütung ähnlicher Unglücksfälle.

Aus Sachsen. Zum dritten Male seit zwölf Jahren ist der sächsische Kohlenbergbau von einer furchtbaren Katastrophe heimgesucht worden. Die 89 Menschenleben, welche das letzte Unglück auf dem Bräudenbergschacht bei Zwickau gekostet, sollten endlich unseren maßgebenden Kreisen eine tiefere Mahnung sein, einmal nachzusehen, ob denn nicht Manches saul ist im Staate Dänemark. Aber es scheint, als ob auch diese Opfer wieder vergebens wären; denn statt eine ehrliche, offene Untersuchung über die Ursachen des Unglücks anzustellen und deren Resultate zur gründlichen Besserung der Zustände gesetzgeberisch und administrativ nutzbar zu machen, werden alle Anstrengungen gemacht, um zu vertuschen. Die Grubenbesitzer und die mit ihnen Hand in Hand gehende Presse behaupten trotz aller gegentheiligen Beweise feif und fest, daß „Niemand“ schuldig sei; die mit an der Spitze der Sammlungen stehenden Regierungsbeamten ermahnen, angesichts der Noth jeden anderen Gedanken als den des Wohlthuns fahren zu lassen. Und nicht minder ist auch das Pfaffenhum geschäftig, in ähnlichem Sinne den nur zu gerechten Born, der sich über das Ereigniß in den Kreisen der Vergleute verschieblich kund gibt, zu beschwichtigen. Bei dem Trauer-gottesdienste, der am Beerdigungstage in einer der Zwickauer Kirchen stattfand, hatte der predigende Pfaffe, Superintendent Körner, die Underschwäntheit, den Leidtragenden die Warnung zuzurufen: „Ueber den Unglücksfall nicht nachzugrabeln, aber die „Fügung Gottes“ nicht zu murren und zu lästern und namentlich den Hehereien gewisser Agitatoren, die dieses Unheil auch wieder für ihre Zwecke ausbeuten würden, kein Gehör zu geben.“ Natürlich war das Muffel für die Ohren unserer Ausbeuterkreise und so stellt denn das „Zwickauer Wochenblatt“, das Amtsblatt für die Behörden von Zwickau, die „Bitte“, diese so „innige, lehrreiche und erhebende Rede“ durch den Druck veröffentlicht zu sehen!

Haben aber Behörden und Bourgeois ein Interesse, ihre Sünden zu vertuschen, so haben wir, als Vertreter der Arbeiterklasse, das Interesse und die Pflicht, die Vorgänge an das Licht zu ziehen. Sonntag, den 7. Dezember, waren eine Anzahl unserer Genossen aus Zwickau und Umgegend im Verein mit einigen Leipziger Freunden zusammengelassen, um festzustellen, welchen Ursachen das Unglück geschuldet sei. Eine Anzahl unserer Genossen, die Vergleute sind, gaben als Sachverständige die nöthige Aufklärung. Demnach unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel mehr, daß die Katastrophe einzig und allein durch die Nachlässigkeit, resp. durch die Gewinnsucht der Verwaltung hervorgerufen wurde und mit Leichtigkeit hätte vermieden werden können!

Das Ergebnis eines mehrstündigen Meinungsaustausches, woran sich Personen beteiligten, die den Bräudenbergschacht aus eigener persönlicher Erfahrung genau kennen, ergab Folgendes: Der Bräudenbergschacht gehört zu den tiefsten des Zwickauer Reviers und ist wegen der Gefahren, die er für die Arbeiter birgt, in keinem guten Ruf; schlechte Wetter sind in denselben nicht seltenes. Es müßte also die erste Pflicht einer gewissenhaften Verwaltung sein, welche doch die Natur ihres Werkes genau kennt, strengstens auf gute Ventilation zu sehen, und wenn durch irgend eine Ursache eine Störung in derselben eintritt, sofort die Förderung einstellen zu lassen.

Die Ventilation des Bräudenbergschachtes soll nun auch im

Die in der Beschwerdeausführung niedergelegte Behauptung, daß in § 11 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 statuirte Verbot nur gegen Mitglieder oder der sozialdemokratischen Partei, und insbesonderere nur gegen Druckschriften, welche speziell für einen sozialdemokratischen Leserkreis bestimmt seien, in Anwendung gebracht werden, ist irrthümlich. Das

Ganzen eine gute gewiesen sein, es trat aber an dem Tage, wo das Unglück geschah, eine bedenkliche Störung ein, indem durch Pulverexplosion zur Herstellung eines neuen Füllorts der die von Tag einströmende Luft in die Arbeitsstrecken leitende Wetterseider zertrümmert und dadurch der Luftstrom abgelenkt wurde und einen anderen Lauf nahm. Es wäre nunmehr Pflicht der leitenden Beamten gewesen, die Förderung sofort einzustellen, bis der Wetterseider repariert und die Ventilation wieder in vollem Gange war. Dies geschah nicht. Zwar wurde Befehl gegeben, den Wetterseider auszubessern und gingen auch sofort mehrere Zimmerlinge an die Arbeit; man ließ aber ruhig den um sechs Uhr Abends stattfindenden Schichtwechsel vor sich gehen und die neue Mannschaft einfahren, obgleich diese von den Ausführenden gewarnt wurde.

Nach mehr als dreistündiger Arbeit war der Wetterseider wieder hergestellt, während welcher Zeit die Belegmannschaft vor Ort thätig war. Diese Zeit genügte vollumfänglich, um die Wetteranzusammeln. Als nach dem Frühstück, ungefähr um halb zehn Uhr, die Mannschaft wieder an die Arbeit ging, war die Ventilation zwar hergestellt, es erlangten aber nunmehr die mittlerweile angesammelten Grubengase durch den Zutritt der atmosphärischen Luft ihre volle Explosionsfähigkeit. Zur Erläuterung sei bemerkt, daß die aus Kohlenstoff und Wasserstoff bestehenden Grubengase ihre höchste Explosionsfähigkeit dann erlangen, wenn sie ungefähr ein Achtel des Lufteraums absorbieren. Sobald sie stärker vorhanden sind, explodieren sie selten; tritt aber alsdann der nötige Sauerstoff hinzu, so daß sich das bezeichnete Verhältnis herstellt, dann genügt der geringste Funke, die Explosion zu erzeugen. Die nach der Explosion mit Kohlenstaub geschwängerte Luft ist so gefährlich, daß ein einziger Athemzug genügt, den Tod herbeizuführen! Daher kommt es, daß nach schließenden Wettern in Folge der langsam abziehenden Stickluft, des sogenannten Nachschwades, noch so viele Tötungen vorkommen. In dem vorliegenden Falle hatten sich offenbar in den länger als drei Stunden von der Ventilation abgeschlossenen Strecken erhebliche Massen Grubengase angesammelt, die, weil sie leichter als atmosphärische Luft sind, sich nach der Decke zogen. Sobald die Ventilation in Gang kam, wurden die Gase in rotierende Bewegung gebracht, durch den Zutritt frischer Luft in hochgradige Explosionsfähigkeit verwickelt und nun genügt die offene Lampe eines Bergarbeiters, um Tod und Verderben zu verbreiten.

Durch die Explosion erschreckt, warfen viele Arbeiter auf den entfernten Strecken ihr Arbeitszeug hin und suchten zu entfliehen, gerieten aber in die nachziehende, mit Kohlenstaub geschwängerte Luft und erstickten. So entstand die große Zahl der Toten. Von der eigentlichen Explosion wurden nur 36 getroffen, 53 erstickten und von diesen 37 wieder dadurch, daß sie in der Angst ihre sicheren Plätze verließen.

Diese wahrheitsgetreue Darlegung bekräftigt die von der Verwaltung und der Presse gemachte Behauptung, daß „Niemand“ die Schuld trage, endgiltig. Hätte die Verwaltung, da die Sprengung der Füllörter in unmittelbarer Nähe des Wetterseiders geschah, durch Errichtung einer festen Schießwand Vorkehrung getroffen, daß der Wetterseider nicht zertrümmert werden konnte, so blieb die Ventilation ungehindert und das Unglück war unmöglich. Nachdem aber einmal dieses Versehen vorgekommen, war es Pflicht der Verwaltung, sobald ihr die Verschickung des Wetterseiders gemeldet wurde, deren notwendige Folgen sie kennen mußte, sofort Schicht zu gebieten und die Ausfahrt der Belegmannschaft zu veranlassen. Statt dessen arbeitete die Mannschaft volle drei Stunden in Strecken mit vollständig gestörter Ventilation, und in einem Werk, dessen Bau für schlagende Wetter sehr empfänglich ist.

Wäre statt dessen die Arbeit unterbrochen worden, wäre, wie es jeder Fachmann als selbstverständlich finden wird, die Arbeit erst wieder aufgenommen worden, nachdem durch eine mehrstündige wiederhergestellte Luftzirkulation die Strecken frei gelegt waren und eine vorsichtige Untersuchung mit der Sicherheitslampe reine Luft ergab, — so wäre das Unglück unmöglich gewesen. Eine höchstens sechsstündige Unterbrechung der Arbeitszeit hätte 89 Menschen das Leben gerettet!

Warum hat man das nicht getan? Des elenden Geldgewinnes halber! Der Brüdenbergwerkschaft steht finanziell sehr schlecht und zwar schon seit Jahren. Der frühzeitige und heftige Winter war der Kohlenkonjunktur günstig, die Preise stiegen, weil die Kohlen fehlten. Es galt also, die Konjunktur auszunutzen. „Wir brauchen Kohlen“ war die Losung und so wurden leichtsinnig 89 Menschen in den Tod getrieben.

Nun, die sozialistischen Abgeordneten im sächsischen Landtag werden dafür sorgen, daß die Katastrophe zur Sprache kommt und daß auch die verbrecherischen Fehler aufgedeckt und die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden!

Diese neueste Katastrophe hat aber auch wieder die Frage angeregt: wie ähnlichen Unglücksfällen am besten zu begegnen sei? Die Antwort lautet: **Durch Expropriation der Gruben zu Gunsten des Staats!** In jener Zwickauer Zusammenkunft erklärten sich sämtliche Anwesende mit dieser Idee einverstanden.

Wenn mit einem Betrieb durch den heutigen Staat auch keineswegs unmittelbar ein sozialistischer Zweck erreicht wird, so hat derselbe doch für die Arbeiter große Vorteile und das Prinzip, daß die im Staat repräsentierte Gesamtheit besser wirtschaften kann, wie irgend ein Privatunternehmer oder eine Anzahl von Privatunternehmern, erlangt eine neue Stütze. Alles, was für den Eisenbahnbetrieb im Großen spricht, spricht selbstverständlich auch für die zentralistische Verwaltung des Kohlenbergbaus durch den Staat. Dieselbe ist bei diesem um so leichter, da sich derselbe nur auf ein verhältnismäßig kleines Terrain erstreckt.

Es soll nicht Aufgabe dieses Artikels sein, die Vorteile eines zentralisierten Betriebs für den Staat als Unternehmer darzulegen; wir wollen vielmehr kurz die Vorteile hervorheben, die für Leben, Gesundheit und materielle Existenz des Arbeiters dabei herauskommen.

In erster Linie würde die Sicherheit des Betriebs ganz bedeutend gewinnen, weil alsdann alle Grenzen zwischen den einzelnen Werken aufgehoben und die Ventilation die denkbar beste werden kann. Sicherheitsmaßregeln, die heute im Einzelbetrieb kaum möglich sind oder nur unvollkommen ausgeführt werden, weil sie zu große Kosten verursachen, könnte der Staat, der mit

den Ertragsnissen der guten Werke die Unterbilanz der schlechten übertragen kann, durchführen.

Die Freizügigkeit der Arbeiter innerhalb des ganzen Reichs würde mit einem Schläge durchgeführt, wohingegen heute der Arbeiter in Rücksicht auf Unternehmungsverhältnisse an ein bestimmtes Werk gebunden ist. Eine Gefahr für die Unternehmungsklassen, wie sie gegenwärtig bei vielen Werken in Folge der schlechten Ertragsnisse der letzten Jahre einerseits und der gesteigerten Krankheits- und Invaliditätsfälle andererseits vorhanden ist, könnte nicht vorkommen. Die Pensionen- und Krankenunterstützungen könnten erhöht werden und es brauchte nicht bei jedem größeren Unglücksfalle an das öffentliche Mittel appelliert zu werden, wie dies jetzt geschieht. Tatsache ist, daß die Gewerkschaft des Brüdenberg dreimal bankrott wäre, wenn sie die Hinterlassenen der Getöteten aus ihren Mitteln entschädigen sollte. Mit dieser Tatsache ist die vollständige Unzulänglichkeit des so viel gerühmten Knappschafts-Kassenwesens erwiesen.

Merkwürdig würde auch der Staatsbetrieb, d. h. der Betrieb seitens des heutigen Staates nicht die volle Freiheit des Arbeiters sichern. Die Maßregelung politisch Mistliebiger würde in vollem Maße durchgeführt werden können; aber schlimmer, wie es gegenwärtig ist, kann es schwerlich werden. Die Intoleranz, der Haß und die Verfolgungswuth der Bourgeoisie ist so groß und geht gewöhnlich so in's Kleinliche und Verlegende, daß jede Aenderung des Herrschaftsverhältnisses als eine Verbesserung angesehen werden muß. Das haben die deutschen Arbeiter im Laufe der letzten Jahre tausendfältig erfahren.

Sicher ist, daß die Uebernahme des Kohlenbergbaus durch den heutigen Staat seine dereinstige Umwandlung in sozialistischen Betrieb erleichtert. Jede Zentralisation der Betriebs- und Produktionsmittel muß uns willkommen sein! Der Kleingewerbetreibende wird vom Kapitalist, der Kapitalist von den associierten Kapitalisten, die associierten Kapitalisten werden vom Staate verschlungen. So potenziert sich der Aufsaugungsprozess, bis eines Tages der heutige Staat seine kapitalistische Seele ausgebläut bekommt und in den sozialistischen Staat verwandelt wird.

Wenn die Zwickauer Katastrophe dazu beiträgt, die Erkenntnis von der Nothwendigkeit einer solchen Umwandlung in weiteren Kreisen zu verbreiten — und das scheint uns der Fall zu sein — oder gar diesen Umwandlungsprozess ein Stück vorwärts zu treiben, so soll dies unseren Jörn über die leichsinnige Preisgabe von Arbeiterleben einigermaßen dämpfen.

Leidet wird, wie heutigen Tages noch die Dinge liegen, meist aller Fortschritt nur durch Menschenopfer erkauft: heute auf dem militärischen Kriegsschauplatz, morgen auf dem industriellen, übermorgen auf den — Barrikaden.

Sache des Sozialismus ist es, dem ruhigen, friedlichen, ungehinderten und unausgesehten Fortschritt der Menschheit die Bahnen zu ebnen.

Die Lage der Arbeiter in Polen.

Wenn es im westlichen Europa genug Advokaten, Journalisten und sonstige Leute gibt, welche behaupten, daß es eine soziale Frage gar nicht gebe; so fehlt es auch in Polen an Verteidigern der Sache der Bourgeoisie durchaus nicht. Reaktionen, Liberale und Radikale, alle Verteidiger des alten politischen Polen gehen einig mit einander in der Bekämpfung der Sozialisten; sie behaupten, die Polen hätten nicht nötig, sich mit der sozialen Frage zu beschäftigen und alle ihre Bestrebungen müßten nur auf das einzige Ziel der politischen Emanzipation gerichtet sein.

Einige, amtlichen Quellen entnommene Ziffern werden indessen eindringlicher als lange Reden den Lesern beweisen, daß die wirtschaftliche Lage der polnischen Arbeiter ebenso traurig, wenn nicht trauriger ist, als die der Arbeiter anderer europäischer Staaten.

Die Entwicklung der Industrie schreitet in Warschau immer mehr voran; das Kapital gedeiht, der Arbeiter aber leidet. Man betrachte nur die folgenden Zahlen:

	1878	1879
I. Fabriken und Hüttenwerke	258	273
Beschäftigte Arbeiter	12,381	12,986
Produktionskosten	Rubel 24,181,994	27,228,859
II. Werkhütten	3,636	4,329
Meister	3,636	4,329
Arbeiter (Gehilfen)	6,743	Bermehrung
Lehrlinge	9,240	u. Produzenten
Produktionskosten	Rubel 17,845,970	um 5475
Der mittlere Arbeitslohn beträgt 255 Rubel 52 Kopeken jährlich, was ungefähr 1022 Franken (817/2 Mark) ausmacht.		

Die Frage ist nun, wie man um diese Summe in Warschau oder einer andern Stadt Polens leben kann (mit andern Worten: welche Kaufkraft sie besitzt). Wir nehmen als Grundlage unserer Berechnung eine aus vier Gliedern bestehende Familie.

Eine offizielle Kommission veranstaltete eine Untersuchung der Lage der arbeitenden Klassen in Warschau. Nachdem sie 432 Wohnräume besucht, welche sie von 1206 Personen (also 3 auf einen Raum) bewohnt getroffen hatte, — kam sie zu folgendem Schluß: 147 „Wohnungen“, von 468 Personen bewohnt, seien vollkommen unbewohnbar. Für eine Arbeiterwohnung muß trotzdem im Durchschnitt 6 Rubel pro Monat bezahlt werden. Rechnet man hiezu monatlich: Fleisch (1/2 Pfd. die Person täglich) 4 R. 50 K., Gemüse, Mehl, Käse 6 R., Brod (3 Pfd. täglich) 3 R. 90 K., Salz, Pfeffer, Fett, Del 3 R., Beleuchtung 1 R. 50 K., Heizung 2 R., — so erhält man an nötigsten Ausgaben für den Monat 26 R. 90 K. und für das Jahr 322 R. 80 K.

Es bleibt demnach ein Defizit von 67 Rubel 28 Kopeken. Und doch sind Kleidung, Schuhe, Wäsche und andere notwendige und unabwendbare Bedürfnisse in der Berechnung noch nicht inbegriffen. Vergessen wir ferner nicht, daß der Meister oder Arbeitgeber einen Theil des Lohnes für die Krankenkasse zurückhält. Und wie sind diese Kassen beschaffen! Ein Arzt besuchte einen Kranken, welcher die lächerliche Unterstützung von 30 Kopeken täglich erhielt!

Diese arithmetische Beweisführung ist schlagend. Ist es unter solchen Umständen noch am Platz, zu überlegen, ob die Organi-

sierung einer sozialistischen Partei in Polen ein dringendes Bedürfnis sei?

Betrachten wir jetzt die Lage in Galizien, welches nicht einer absoluten Gewalt unterworfen ist, sondern einer „konstitutionellen“ Regierung. Die landwirtschaftliche Produktion nimmt stetig ab und von Jahr zu Jahr vermehren sich die Schwierigkeiten der Ernährung des galizischen Volkes Ruthenen und Polen, alle Bauern leiden oftmals Hunger und diese Geißel steht wieder einmal für das neue Jahr in sicherer Aussicht.

Die wirtschaftlichen Bedingungen, unter welchen der Bauer lebt, sind die elendesten. Nach den statistischen Aufstellungen Rapada's gibt es 653,637 Kleinbesitzer, welche fast alle zu gleicher Zeit Eigentümer und alleinige Bebauer ihrer Grundstücke sind, und welche im Durchschnitt 4 Hektaren pro Familie besitzen, von denen aber nur 1/4 ertragsfähig sind. Dazu kommt, daß der Mangel an Wegen, welche das Land aufschließen (die vorhandenen dienen nur den Interessen der Großgrundbesitzer) und das gänzliche Fehlen jeglichen Handels das Land im Zustand einer fast vollständigen Stagnation erhalten. Der Kleinbesitzer, der Bauer weiß nicht, wovon er seine Familie ernähren und die Steuern bezahlen soll. Und die letzteren sind wahrhaft erdrückend und werden immer erhöht. Erst in jüngster Zeit hat die Regierung wieder ihre Absicht zu erkennen gegeben, Zucker, Kasse, Petroleum und eine Menge anderer Genusmittel mit einer indirekten Steuer zu belegen.

Hätten die achtzehn noch immer im Krakauer Gefängnis sitzenden jungen Sozialisten Recht oder nicht, wenn sie die Lehren des Sozialismus predigten? Diese Frage stellen, heißt sie beantworten.

Pulk. des Kownosch.

Sozialpolitische Rundschau.

— Eine jamose Charakteristik des deutschen Parlamentarismus liefert eine durch die ganze Presse gehende Nachricht, der zufolge der nächste Reichshaushaltetat in Voraussicht der Annahme des Gesetzes über die Verlängerung der Etatsperioden bereits für die Rechnungsjahre 1880—81 und 1881—82 vorgelegt wird! Also so sicher ist die Regierung ihrer Sache, und so wenig hält sie es für nötig, die einfachste Form zu beobachten, daß sie die gesetzlichen „Beirath und Zustimmung“ des getrennten Reichstages nicht einmal mehr abwartet, sondern sich gleich selbstständig darauf einrichtet! Nun, wie kann es nur erfreulich sein, wenn die Dinge immer mehr ihres bestechenden und irreführenden Scheines entkleidet werden und sich dem deutschen Volk und der ganzen Welt in ihrer wahren Gestalt zeigen. Es ist die notwendige Voraussetzung der Verbesserung der Zustände, daß die „Untertanen“ sich nicht in dem Traum wiegen, vollberechtigte Bürger zu sein, welche Einfluß auf die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten haben. Der Mensch soll wissen und fühlen, daß er Recht ist, — dann empfindet er erst die Nothwendigkeit, sich seines Herrn zu entledigen. Und wenn man erst den Zweck will, finden sich die Mittel stets.

— Die von der preussischen Regierung so gelungen arrangirte parlamentarische Zwickmühle hat jetzt zur Umwechslung wieder einmal nach der andern Seite ihre Schuldigkeit getan. Bei den Rollen halfen die Ultramontanen mit den Konserverativen den Willen der Regierung gegen die Liberalen durchsetzen; bei den Eisenbahnvorlagen überstimmten die Liberalen mit den Konserverativen die Ultramontanen, und jetzt bei der Interpellation wegen der Simultanschulen werfen wieder die Ultramontanen ihren Einfluß zu Gunsten der Regierung und gegen die Liberalen in die Waagschale. Und so kann das geistreiche Spiel noch lange fortgehen und die Regierung durch abwechselnde Gruppirung der mit ihrer Dienstbereitschaft rivalisirenden Parteien jenen ihrer Wünsche durchsetzen. Daß die Ultramontanen in der Simultanschulfrage die Regierung unterstützen würden, war übrigens nur natürlich, denn die angefochtene Entscheidung des Ministers war ja in ihrem Interesse getroffen und einen passenderen Minister als Bismarck's Schwager Buttammer könnten sie auch nicht so leicht finden. Und vor Allem in der Schlichtfrage sind sie einander sympathisch; denn in des Ministers Meinung, daß die Schule „nicht in das sterbende Meer einer bloß humanitären allgemeinen Bildung hinauszuere, sondern fest begründet bleibe auf der unerschütterlichen Grundlage, die aus dem Erwaen entstammt und in das Ewige zurückführt“ — in dieser Meinung, deren nothwendige Konsequenz die Konfessionalschule ist, begegnen sich beide Theile. Es war daher kein Wunder, daß der Kultusminister eine Majorität von 98 Stimmen erhielt und damit prinzipiell das Todesurtheil über die Simultanschulen ausgesprochen wurde. Die Reaktion ist eben untheilbar und muß sich auf jedem Gebiet behaupten. Sie muß Stück um Stück der geringeren Zugeständnisse, welche ihr vom Zeitgeiste abgerungen worden waren, wieder abdröckeln, bis das Maß voll ist!

— Die deutsche Presse ist angefüllt mit wahrhaft haarsträubenden Berichten über die Hungersnoth in Ober-Schlesien. Gelegene Zuckerrüben, trockene Krautblätter, wässrige und verfaulte Kartoffeln — kurz Dinge, welche sonst einzig als Viehfutter benötigt werden, ja zum Theil nicht einmal zu diesem gebraucht werden können, machen die einzigen Nahrungsmittel von Jehntausenden aus. Ja, die Hungernden wären noch froh, wenn sie von diesen eßen, bei zur Kraftbildung kaum in Betracht kommenden „Nahrungsmitteln“ nur genug hätten, während in vielen Gegenden thatsächlich absolut gar nichts mehr vorhanden ist und die Armen vor dem Hungerperiod lediglich durch die öffentliche Wohlthätigkeit errettet werden können. Unter diesen Umständen kann es nicht Wunder nehmen, daß der Hunger typhus immer mehr um sich greift. In Solarnia (Kreis Kattow) sind bereits 5, in Alt-Gosel 5, in Mendja 7, in Dissa 10 schwere Fälle konstatiert. Und da die Grundbedingungen für die Entwicklung und leichte Verbreitung der Krankheit durch die schreckliche Ernährungsweise, die mangelhafte Bekleidung und die oft geradezu ungläublich erbärmlichen Wohnungsverhältnisse in volstem Maße vorhanden sind und eine ausgiebige, dauernde Hilfe noch immer nicht eingetreten ist, so wird eine Masseninfektion nicht auf sich warten lassen. Mit einem Wort:

der Notstand ist durch den bedenklichen Zustand der notleidenden Bevölkerung nicht mehr fern von dem des Jahres 1847! Eine wirkliche Hilfe kann hier nur die Gesamtheit, der Staat leisten und sie zu gewähren ist seine Pflicht. Aber der Staat hat ja unter der Klassenherrschaft weit wichtigere Aufgaben, als daß er für solche Pappalien, wie Leben und Gesundheit von einer halben Million armer Menschen, Zeit und Geld übrig hätte. So glaube denn auch die preussische Regierung mit dem Beispielsmäßig von 925.000 Mark Darlehen an die notleidenden Kreise und 300.000 Mark „Staatshilfe“ an den Landarmenverband vollaus genug gethan zu haben und ließ, während die Noth täglich höher steigt, kein Wort von sich hören, so daß sie erst durch eine Interpellation zum Reden gezwungen werden mußte. Da war sie dann freilich, wie gewöhnlich, mit guten Versprechungen reichlich bei der Hand und versicherte, dem Landtag nicht nur eine Kreditforderung zur Hilfeleistung für die Notleidenden zugehen zu lassen, sondern auch Mittel zu ergreifen, um die Wiederkehr solcher Nothstände zu verhindern. Von letzterem nun ganz zu schweigen — denn zu diesem Zweck müßten die ganzen Besitz- und Produktionsverhältnisse gründlich umgestaltet werden, woran die heutigen Nachhader nicht denken — braucht die Regierung aber auch zu ersterem noch einige Wochen Zeit zu den „nötigen Erhebungen und Vorbereitungen“, während deren die Notleidenden ruhig weiter hungern, weiter frieren und weiter sterben können. Hof, Adel, Bourgeoisie, „Volksvertreter“, Bürokratie, all' die Mächtigen und Reichen wollen ja auch Zeit haben, sich vor lichtstrahlenden Weihnachtsbäumen und an gabenbedeckten Tafeln der Festtage zu erfreuen — wer wird an die Freude durch die Erinnerung an die bleichen Jammergestalten der Notleidenden verbittern lassen. Diese sind das Dulden ja gewöhnt — auf einige Tage und Wochen kommt's da nicht an!

Die österreichisch-ungarische Regierung hat an die „Volksvertretungen“ der beiden Reichshälften das unverfrorene Verlangen gerichtet, daß dieselben — im Interesse des Vaterlandes und dessen Sicherheit natürlich! — für volle zehn Jahre auf ihre verfassungsmäßiges Mittelsabgabebewilligungsrecht verzichten sollen, indem sie die Friedenspräsenz der Armee für diese Zeit unverändertlich auf 800.000 Mann festsetzen! Wie richtig die Regierung dabei die Mehrheit der Parlamentarier tarirt hat, beweist, daß der ungarische Reichstag und das österreichische Herrenhaus dem Verlangen der Regierung sofort entsprochen haben. Nur das Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrathes oder vielmehr die liberale „Verfassungspartei“ deselben sperrte sich etwas gegen die ihr zugemuthete Ermäßigung eines ihrer wichtigsten Rechte. Ohne die Mitwirkung eines beträchtlichen Theiles dieser Partei konnte aber die Regierung ihren Willen nicht durchsetzen, da zur Bewilligung eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Es wurden deshalb jetzt von Seiten der Regierung die äußersten Anstrengungen gemacht, Drohungen, Versprechungen, Schmeicheleien und Pressionen aller Art auf die Widerborstigen ausgeübt und jeder einzelne „Verfassungstreue“ auf's Einbrüchlichste bearbeitet. In in völlig „unfonstitutioneller“ Weise mischte sich sogar der Kaiser persönlich herein, „befahl“ den Führer der Liberalen zu sich und sprach ihm seinen unabhängigen Willen und die Erwartung aus, daß seine getreue Opposition nachgeben werde. Und die Liberalen müßten wahrlich von andern Holz geschnitten sein, wenn sie solchen Pressionen hätten widerstehen können. In der dritten Lesung erhielt denn auch die Regierung das verlangte Weihnachtspräsenz. Der Liberalismus ist eben überall derselbe erbärmliche, kraftlose Geselle! Ebenso wenig als die Nachgiebigkeit der Verfassungspartei soll es uns aber wundern, wenn die deutsche Regierung bei Ablauf des deutschen Militärseptennats im nächsten Frühjahr als einen weiteren „Grund“ für eine bedeutende Erhöhung des Militärbudgets die Erhöhung und zehnjährige Fixirung des österreichischen Präsenzstandes anführt. Und so fort mit Grazie!

Wie die ökonomische Macht des Kapitals überall und unter allen politischen Institutionen zu derselben Entrechtung und Knechtung des arbeitenden Volkes führt und wie der republikanische Arbeitgeber „seinen“ Arbeitern gegenüber derselbe rücksichtslose Gewaltthäter ist, wie der monarchische, konstitutionelle oder wie es sich sonst nenne — zeigt ein geradezu schändlicher Fall von Arbeiterverfolgung in der Schweiz, welcher auf der letzten kantonalen Arbeitervereins-Delegirtenversammlung in Zürich berichtet wurde. In Uster hatte ein Arbeiter sich über Umgehungen des Fabrikgesetzes bei der Direktion des Innern beschwert. Diese sandte den betr. Brief an Statthalter Frei und dieser brachte ihn in die betr. Rabil, wo man natürlich den reklamirenden alsbald entdeckte, der hierauf sofort entlassen wurde. Wohl fand der Gemagregelte Arbeit in einer andern Fabrik; — kaum aber war er ein paar Tage in Arbeit, so wurde er auch dort entlassen. Noch mehr! Seine Frau betrieb die Seidenweberei für einen Fabrikanten am See und als sie das „Wupp“ abfertigte, erklärte ihr der Fabrikant, er habe keine Arbeit mehr für sie. Der Mann, der dazu noch ein Krüppel ist, versuchte nun, durch einen Hausirhandel sein Leben durchzubringen. Aber er war einmal in Acht und Bann erklärt und die Fabrikanten verkochten ihren Arbeitern, dem Gedächtnen etwas abzukaufen. So erging es einem übrigens ganz ruhigen Bürger, der einzig die „Freiheit“ hatte, sich auf das Fabrikgesetz zu berufen und deshalb von der Behörde selbst den Herren zur Noth denunzirt wurde.

Der jüngste französische Arbeiterkongress zu Marseille hat bekanntlich die Organisation des französischen Proletariats in einer von allen andern Klassen und Parteien getrennten, selbstständigen sozialistischen Arbeiterpartei beschlossen. So vollkommen wir mit diesem Beschluß, den wir als die wichtigste Aufgabe des Kongresses von Anfang an bezeichnet hatten, einverstanden waren, so wenig Hoffnung hatten wir leider, den Beschluß unter den vorhandenen Verhältnissen alsbald in die That überseht zu sehen. Um so erfreulicher ist es für uns, zu sehen, daß von Seite der entwickeltesten französischen Genossen mit Eifer und Hingebung daran gearbeitet wird, die Arbeiterbestrebungen immer mehr auf den rechten Weg zu leiten, sie auszubringen und sie in einem politisch aktionsfähigen Parteigebilde zusammenzufassen. Als erstes Mittel zu diesem Zweck begründete die in der letzten Kongresssitzung gewählte Beschluskommission, welche sich sofort

als „Comité général exécutif“ insituierte, ein offizielles Parteiorgan, dessen Probenummer und soeben zugegangen ist. Dasselbe führt den Titel „La Fédération. Bulletin Mensuel des Intérêts du Proletariat Français“ (Der Bund. Monatschrift für die Interessen des französischen Proletariats) und erscheint in der ersten Woche jedes Monats unter Redaktion des als Vortragsredakteur des Marceller Kongresses rühmlich bekannten Genossen Lombard in Marseille. Das neue Organ macht sich keineswegs das Studium der sozialen Frage und die Polemik zur Aufgabe, welche Felder es ganz und gar den schon bestehenden und noch zu gründenden politischen Blättern der Partei zur Erbauung überläßt; es will lediglich über die Bildung neuer Arbeiterorganisationen und deren Gruppierung, über Versammlungen und Vereine, Arbeitseinstellungen, mit einem Wort: über den Stand der französischen und allgemeinen Arbeiterbewegung unterrichten.

Dieser Aufgabe getreu liefert die „Fédération“ gleich in ihrer Probenummer interessante Berichte über die Fortschritte, welche die französische Arbeiterbewegung seit dem letzten Kongress gemacht hat. Die Syndikatskammern und sonstigen Arbeitervereinigungen von Marseille haben bereits Vorbereitungen zu einer engen Verbindung geschaffen und letztere wird bald eine Thatsache sein. Andere Städte sind auf dem besten Weg, diesem Beispiel zu folgen; so haben sich die 16 Syndikatskammern von Toulouse bereits verbündet. Verschiedene Gruppen sozialer Studien sind neu begründet worden. — Von größter Wichtigkeit ist die Entwicklung der sozialistischen Presse. Den ersten Rang nimmt hier entschieden die mit Neujahr erscheinende „Revue socialiste“ ein, welche von einem bekannten Kommunisten redigirt wird und an welcher sich die hervorragendsten französischen und außerfranzösischen Sozialisten als Mitarbeiter beteiligen. Diese Revue wird, wenigstens hinsichtlich der politischen Parteibildung, von noch größerer Bedeutung sein, als es unsere deutsche sozialistische Revue, die „Zukunft“, war; nämlich insofern, als sie die Aufgabe hat, die Vertreter der verschiedenen sozialistischen Schulen Frankreichs auf dem Wege des gemeinsamen Studiums einander zu nähern, die zahlreichen, auf falschen Voraussetzungen beruhenden Gegensätze, welche zwischen ihnen herrschen, allmählig auszugleichen und alle Kräfte vereinigt dem Zweck der planmäßigen, zweckbewußten Emanzipation des Proletariats durch Organisation der französischen Arbeiterklasse dienlich zu machen. — Neben dieser Revue, auf welche wir demnächst des Ausführlicheren zurückkommen werden, wird in Marseille demnächst ein sozialistisches Wochenblatt erscheinen, welches das Parteiorgan für den Süden bilden wird. In Lyon und Besançon (Gard) werden tägliche Blätter gegründet.

Der Marceller Kongress hat das Land hinsichtlich der Parteioorganisation in sechs Regionen eingetheilt: 1) Paris — Zentrum, 2) Lyon — Osten, 3) Marseille — Süden, 4) Bordeaux — Westen, 5) Lille — Norden, 6) Algier — Algerien. Künftigen Mai werden in diesen sämtlichen Regionen, bezw. deren Hauptstädten Regionalkongresse abgehalten werden. Dieselben werden sich nicht nur mit der Propaganda und Organisation in ihren Regionen befassen, sondern auch Material für den künftigen Zentralkongress sammeln und stiften. — Die deutschen Sozialdemokraten folgen diesen eifrigen Bemühungen der französischen Arbeiter selbstverständlich mit den eifrigsten Sympathien.

Dem italienischen Arbeiter und zwar sowohl dem Lohnsklaven als dem Landproletarier geht es im Allgemeinen noch ein gutes Stück schlechter, als seinen Leidensgenossen in Deutschland, Frankreich und England. Ein recht grelles, aber keineswegs übertriebenes Bild der Noth des italienischen Volkes entwirft der „Oporajo“ von Venedig. Es gibt, sagt er, kein Land, in welchem der Arbeiter (im großen Ganzen) so schlecht gehalten und bezahlt ist, wie in Italien. Und während einerseits der Preis der Lebensmittel steigt, sinkt der Lohn unaufhörlich. Die 300.000 Leineweber der Lombardei erhalten 4 Franken pro Woche. Die ungesunde Arbeit in den Reispflanzungen trägt der armen, von Fieber entworfenen Arbeiterin höchstens 50 Centimes pro Tag ein. In der Provinz Como arbeiten 2000 Kinder unter neun Jahren bis 14 Stunden täglich für 10 — 15 Centimes. Venedig hatte zu Ende des vorigen Jahrhunderts bei einer Bevölkerung von 123.000 Einwohnern nur 2000 Arme; 1802 zählte es bei der fast gleichen Einwohnerzahl 32.422, 186 35.000 und 1870 35.728 Arme. Der Tagelohn der venezianischen Vertenarbeiter beträgt 26 — 30 Centimes pro Tag. Die Zahl der Proletarier hat bereits 22 Millionen erreicht — bei 28 Millionen Gesamtbevölkerung, so daß also mehr als drei Viertel aller Bewohner Italiens absolut heillos ist!

Unter so hochgradig elenden Umständen und da die Italiener nicht von so geduldbigem Temperament wie die Deutschen sind und außerdem ihre politische Bildung noch in den Windeln liegt, ist es natürlich, erklärlich, daß Ausbrüche der Volksverweigerung in der jetzigen Zeit der äußersten Noth — nach einer Winterzeit und bei intensiver Kälte — nicht Seltenes sind. In Legnano stellte eine Weberei den Betrieb ein, wodurch 300 Arbeiter brodlos wurden. Die Leute verlangten ihren ausständigen Arbeitslohn, erhielten aber zur Antwort, daß die Handelskammer in Mailand verboten habe, Auszahlungen zu machen, und daß die Arbeiter in die gleiche Linie der anderen Gläubiger gestellt werden. „Wer gibt Brod unseren Weibern, unseren Kindern?“ schreien die tumultuirenden Arbeiter. Aus den benachbarten Stationen kam Gendarmen an und von Mailand aus sandte man 50 Infanteristen, welche vereint die „Ordnung“ wieder herstellten. Tumulte in größerem Umfange fanden in Ravenna statt. Eine große Masse hungeriger Tagelöhner zog dort mit Frauen und Kindern vor das Rathaus, um Brod und Arbeit zu fordern. Sie wollten mit Gewalt in das Gebäude eindringen, wurden jedoch von Sicherheitsmannschaften und Militär zurückgedrängt und begaben sich nach dem Präsekturpalast, ohne indeß auch hier das Gebäude besetzen zu können. Die Versuche wurden einige Stunden wiederholt, wobei es auf beiden Seiten zahlreiche Verwundete gab; schließlich okkupirten die Aramen eine Vorstadt und stürmten einige Bäckereien und andere Nahrungsmittelniederlagen, um ihren Heißhunger zu stillen. Ähnliches geschah auch in Faenza und in Rom selbst. In Manerbio bei Brescia waren es Bauern, welche Brod und Arbeit verlangten, ebenso in Sermide. Hier zogt für 700 Mann stark vor das Municipio und drohten, als sie keine befriedigende Antwort erhielten, mit Gewalt in das Gebäude einzudringen. Auch hier

schrift Militär ein. In der Nacht sollten die bei diesen Vorgängen Verhafteten befreit werden, was man nur durch die Nothlage verhinderte, daß dieselben bereits nach auswärtig abgeführt worden seien. In Parma verlangten zahlreiche Handarbeiter vor dem Municipalpalast, bei der Begräbnung des gefallenen Schneefeschäftigt zu werden und drohten auch hier mit Gewaltthaten, was zur Einmischung der Polizei führte. Ähnliche Fälle kamen noch in verschiedenen Gegenden vor.

Freilich wird durch solche vereinzelte, planlose Ausbrüche wenig erreicht; allein Hungerigen ist schwer Vernunft predigen, und wenn die Verweigerung auf's Aeußerste getrieben wird, dann stehen noch ganz andere Szenen bevor. Mächte die herrschende Klasse diese Dinge sich zur ernststen Warnung dienen lassen und die Wölfe des Hasses und der Verweigerung bei Zeiten und nach Kräften zerstreuen. Weh ihnen, wenn sie das Wetterleuchten des heraufziehenden Gewitters nicht beachten und wenn erst Blitz und Donner ihnen die blöden Sinne öffnen müssen!

Die amerikanische Bourgeoisie hat abermals einen schlagenden Beweis für die, übrigens allbekannte und historisch festgestellte Thatsache geliefert, daß die herrschende Klasse kein Mittel scheut, um ihre Macht und Schwäler zu erhalten, und daß sie, die dem „unbotmäßigen Volk“ gegenüber stets die „Gerechtigkeit“ auf der Zunge führt, selbst die erste ist, die Gewalt auf das gewissen- und schamloseste zu brechen und die offenbaren Verbrechen und Gewaltthaten aller Art zu begehen, sobald sie mit den zur Unterdrückung des Volkes gemachten Gesetzen nicht durchkommt. Man erinnert sich, daß die kalifornische Arbeiterpartei bei den letzten großen Wahlen bedeutende Erfolge errang, indem zu einer größeren Anzahl Stadt- und Staatsämtern: zum Mayor (Bürgermeister) von San Franzisko, zu Eisenbahnkommissionären, zu Mitgliedern des höchsten Gerichtshofes, sowie verschiedenen Lokalämtern Arbeiterkandidaten gewählt wurden. Statt sich nun aber in das Unvermeidliche zu ergeben und die vollkommen gerecht und mit großer Mehrheit gewählten Volksbeamten anzuerkennen, suchten die geschlagenen Bourgeois unter Mitwirkung der Behörden und Gerichte den Gewählten durch Infamien sondergleichen ihr Amt zu entreißen. Sie leiteten einen Prozeß gegen die Gewählten ein, auf Grund eines in Kalifornien, wie in andern Staaten existirenden Gesetzes, wonach „die Wahl eines Kandidaten, der seine Wahl durch Versprechung oder durch Bestechung irgend welcher Art zu erlangen sucht, ungültig ist und durch jeden Bürger beanstandet werden kann.“ Nun haben die Kandidaten der kalifornischen Arbeiterpartei vor der Wahl versprochen, einen Theil des auf die betreffenden Ämter fallenden, übermäßig hohen Gehaltes in den County's zurückzahlen. Und dieses „Beisprechen“ ist seitens des Gerichtes erster Instanz als entgegen den Bestimmungen des oben angeführten Gesetzes betrachtet und in Folge dessen der Prozeß zu Ungunsten der Arbeiterkandidaten entschieden worden.

Die kalifornischen Arbeiter und insbesondere die von San Franzisko sind über dieses „schurkische Gerichtsurtheil“, welches kurzer Hand die ganze gesetzmäßige Wahl annullirt, weil dieselbe für die Bourgeois nachtheilig ausgefallen ist, — erklärlicherweise im höchsten Grade erbittert. Dieselben sind auch durchaus nicht gewillt, sich von den Bourgeois ohne Widerstand vergewaltigen zu lassen. Der Arbeiterführer Kearny berief sofort nach gefallener Entscheidung eine Massenversammlung, in welcher er erklärte: daß, wenn die Monopolisten die Ermählten der Arbeit um ihr Recht betrügen sollten, wenn der friedliche Sinnenzettel nicht mehr nütze, dann müßten die Arbeiter ihren Vertretern mit Dolch und Kugel zum Amt helfen. „Ich sage Euch“, fuhr Kearny fort, „allen Gerichtshöfen und Richtern dießseits der Hölle zum Trost müssen diese Leute, wenn der Tag gekommen ist, in ihr Amt eingesetzt werden. Ich beschwöre Euch, haltet Euch bereit, denn die Beamten, welche wir erwählt haben, müssen in ihr Amt eingesetzt werden, und zwar mit Gewalt, wenn nöthig. Ich meine nicht, ich werde meiner Frau und meinen Kindern den Abschiedskuß geben, werde meine Rüstung anlegen und mich auf die Straße begeben, bereit, die Leute, für die ich gestimmt habe, in ihre Ämter einzusetzen... Wenn Ihr nicht den Muth zeigt, den ich von Euch erwarte, werden Ihr ewig Sklaven sein Arbeiter! Eure Zeit ist gekommen. Ich fühle es in allen meinen Knochen, daß es meine und Eure Pflicht ist, jene Leute in ihre Ämter einzusetzen. Macht Euch auf das Schlimmste gefaßt, vertheilt Euch mit Kugeln, Keulen und Pistolen. Keiner soll an jenem Tage zur Arbeit gehen. Ich weiß ein oder zwei Tausend von uns werden geschödt werden, aber auch alle Diebe werden umkommen.“ Und als Kearny die Versammelten aufforderte, den Willen des Volkes um jeden Preis und durch alle Mittel durchzusetzen, stimmten Tausende bei und erhoben ihre Hände zum Eidbühn. Man kann sich demnach, wenn die Bourgeois nicht gutwillig nachgeben, auf Ernstes gefaßt machen.

Natürlich wird die Bourgeoispresse aller Länder und Zungen einen gewaltigen Spektakel aufschlagen über die friedensbücherrischen, räuberischen, mörderischen kalifornischen Arbeiter. Unsere Genossen werden aber dann wissen, was sie von dem Geschwätz zu halten haben. Die Absurdität der Entscheidung des kalifornischen Gerichtes liegt auf offener Hand. Denn nach seinem Raisonnement müßte auch jede Wahl annullirt werden, bei welcher die Kandidaten versprochen, die Gehälter der Beamten zu reduzieren oder überhaupt Ersparnisse im Budget einzuführen, oder auch nur die berühmte „Reform“ anzustreben. Denn alles dies sind „Versprechungen und Bestechungen“, gemacht, um die Wähler zu bewegen, einem gewissen Kandidaten ihre Stimmen zu geben. Aber es handelt sich ja, wie unter amerikanischen Bruderorgan, die „New-Yorker Volkszeitung“ treffend ausführt, gar nicht um juristische Deduktionen. Die Sache liegt viel tiefer. Es handelt sich bei den kalifornischen Nachhadern eben einfach darum, welche Mittel anzuwenden sind, um einem Wahlerfolg der Arbeiter unter allen Umständen die Spitze abzubrechen. Das ist es eben, was Jeder voraussehen mußte, der weiß, daß eine herrschende Klasse noch niemals ihre Macht gutwillig, in friedlicher Weise aufgegeben hat, sondern immer nur der Gewalt gewichen ist. Dieselben Leute, die von den Sozialisten und Kommunisten fortwährend nur als Worbrenner und Räuber sprechen und sie heuchlerisch auf den friedlichen Weg der „freien Wahl“ als Mittel zu Erreichung ihrer Ziele verweisen, sind die ersten, die vor keiner Schurkerei zurückzucken, wenn der Erfolg sich, auf dem von ihnen empfohlenen Wege, gegen sie selbst und ihre In-

teressen ausgesprochen hat. Zuerst versucht man es mit blödsinnigen Auslegungen der Gesetze seitens feiler und gefinnungsloser Richter, dann mit Fälschungen des Wahlergebnisses und schließlich mit — Gewalt. Und den Anfang damit hat man auf dem Boden gemacht, wo die Arbeiter zuerst in Amerika einen bedeutsamen und schwerwiegenden Erfolg errungen haben. Wir wollen sehen, was das Ende davon sein wird. Hoffentlich bekommen die frechen Gewaltmenschen eine herbe Lektion, welche ihnen die Lust für ein andermal gründlich vertreibt. Jedenfalls hat sich das Volk noch nie mit mehr Recht erhoben, und wer kann ihm Unrecht geben, wenn es, um den „gesetzlichen Weg“ betrogen, zum Letzten greift?

— Ein glänzender Arbeitersieg ist in der bedeutenden Fabrikstadt Fall River in dem industriellen Hauptstaats Massachusetts errungen worden. Seit Monaten waren die dortigen Spinner und Weber mit den Fabrikanten im Kampf gegen Lohnherabsetzung und der Hunger hatte schon theilweise zu Gunsten der Fabrikanten entschieden. Da kamen die Staats- und Stadtwahlen und predigten den Herren ein großes Memento in die Ohren. Der „Fall River Standard“ schreibt:

„Der letzte Wahltag in Fall River war ein roth angestrichener Tag in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Ihre Plattform war die fortgeschrittenste, ihre Kandidaten waren die besten und ihr Sieg war das Einschneidendste, was in den letzten 25 Jahren geschehen ist und Einigkeit war das Kennzeichen des ganzen Vorgehens. Der großartige Triumph des arbeitenden Volkes über den „Board of Trade“ zeigt nur, was möglich ist, wenn die Arbeiter einmal sich durch nichts mehr trennen lassen — nicht mehr durch Rationalität, Religion und andere Unterschiede, welche in den Händen ihrer Feinde als das wirksamste Mittel dienen, um zu theilen und zu herrschen. Drei Arbeiter-Repräsentanten und ein Senator zur Staats-Legislatur erwählt — der alte heldenmüthige Agitator Thomas Webb, ein bei der Arbeit ergrauter Weber als Staats-Senator erwählt — dieses glänzende Resultat sollte den Arbeitern deutlich zeigen, was ihre Einigkeit vermag. Aller Reichthum, alles Ansehen und aller gesellschaftliche Einfluß war gegen das Arbeiter-Tid; aber Organisation und Einigkeit hat doch mehr ausgerichtet. Und doch waren alle Kandidaten arm und konnten sich nicht erlauben, Stimmen zu kaufen, wenn sie es auch gewollt hätten — und dennoch haben sie die Stadt-Wahl mit 12.000 Stimmen Mehrheit erobert!“

Dieser Sieg ist, nach einer richtigen Bemerkung unseres Brudertorgans, der „Tagewacht“, von großer Bedeutung für die Arbeiterbewegung in den Verein. Staaten und zwar deshalb, weil er gerade in dem bedeutendsten der Neu-England-Staaten und von Anglo-Amerikanern errungen wurde. Bis jetzt hat in den Verein. Staaten das deutsche Element die sozialistische Initiative, namentlich in politischer Beziehung, geführt. Die Bourgeoisblätter wurden auch nie müde, darauf hinzuweisen, um die Bewegung in den Augen der nationalstolzen anglo-amerikanischen Arbeiter herabzusetzen. Dieser politische Sieg im Herzen der eigentlichen Hankeestaaten wird ohne Zweifel unter der englisch-redenden Arbeiterschaft ähnlich klingen, wie der große Eisenbahnstreik im Juli 1877 und er verleiht uns einen baldigen bedeutenden Aufschwung der sozialdemokratischen Bewegung in allen Ländern.

Berichte.

* Berlin, 21. Dezember. Ausweisungen und Haus-suchungen sind nach den Berichten hiesiger Blätter seit der Prolongation des kleinen Belagerungszustandes an der Tagesordnung. So wurden in dieser Woche abermals zwei Personen, die Tischlergesellen Pommer und Gente, ausgewiesen und haben dieselben bereits am Mittwoch Berlin verlassen. Ersterer ist Familienvater, der letztere ledig. In den letzten Wochen sind bei einer großen Anzahl der Sozialdemokratie verdächtiger Personen — mehr als 30 —, hauptsächlich in der Gegend des vierten Reichstagswahlkreises wohnend, Haus-suchungen, und zwar überall, wie gewohnt, mit negativem Erfolg, abgehalten worden; trotzdem fanden mehrfache Verhaftungen statt.

Rft. Aus Oesterreich-Ungarn, 17. Dezember. Ueber-schwemmung, Mißjahr, Okkupation und um all das Elend voll-zumachen, das Regime des kalvinistischen Papstes Koloman Tisza — das hängt an, selbst dem Geduldigsten unentzählich zu werden. Jammer und Elend, überall Hungernoth und dabei die Zwangs-eintreibung der Steuern beim armen Mann, dessen letzte Kuh aus dem Stalle fortgetrieben wird! Das sind die Zustände wie sie sich bei uns jetzt wiederpiegeln. Die Gährung in der ländlichen Bevölkerung hat infolge dessen schon einen hohen Grad erreicht. Allein an eine Ruhfarmachung derselben zum Besten der Befreiung des Volkes ist noch nicht zu denken; denn die ordnende Hand, welche die explosiven Kräfte nach der richtigen DIRECTION leiten könnte, fehlt noch vollständig. Denn die Sozialdemokratie spielt in Ungarn noch eine sehr untergeordnete Rolle und zwar zum Theil aus eigener Schuld. Namentlich der Umstand, daß die an der Spitze der Bewegung stehenden Deutsch-Ungarn des magyarischen Idioms meist nicht mächtig sind, trägt viel dazu bei, daß die Bewegung nur auf einen ziemlich enge-zogenen Kreis beschränkt bleibt, und keine politische Bedeutung erringen, noch Fortschritte machen kann. Bei dieser Stagnation war das, was sonst einer Parteibewegung zum größten Schaden gereicht, die Indisziplin und Spaltung, gewissermaßen als Gewinn zu betrachten, indem durch die sich in sozialistischen Kreisen gegen das Phlegma des Gros der Partei erhebende Opposition mehr Leben in die Bewegung kam. Freilich hat leider diese Opposition sich durch Fraktionshaß zu Schritten verleiten lassen, die keineswegs zu billigen sind und mehr als einmal der Bourgeoisie ein grimmiges Behagen verursachten. Eines muß dieser Opposition jedoch nachgerühmt werden: sie machte einen, wenn auch heftigen Anfang zur Gründung einer magyarischen sozialistischen Literatur, und in neuerer Zeit bot sie den Anhängern der „Wochen-Chronik“ die Hand zum Ausgleich. Hoffentlich werden alle ungarischen Sozialisten, welche es mit der Bewegung ehrlich meinen, Alles aufbieten, um den Ausgleich zu Stande zu bringen.

Unterdessen läßt Minister Tisza die an ihn von einem Depu-

tierten der äußersten Linken im Interesse der Vereinsfreiheit einge-reichte Interpellation gemüthlich in seinem Pulze ruhen. Das Gesetz schreibt vor, daß eine Interpellation innerhalb 30 Tagen beantwortet werden müsse. Aber wird es Tisza überhaupt noch 30 Tage ir-ihren? Dies ist keineswegs sicher. Der Rabagas Ungarns hat schon zu viel auf dem Kerbholz. Er, der früher auf der Oppositionsbank von Freiheitsphrasen ausgebläht wie ein pneumatischer Bolster sich breit machte, ist zu einem lakaien-haften Handlanger der Wiener Kamarilla zusammengeschrumpft. Die Hofpartei hat das Ventil des falschen Summbüfers abge-schraubt und die schöne Plastik des Gebläses ist futsch. Tisza ist nichts mehr weiter als die nickende Pagode der Wiener Ka-marilla. Wahrlich, Kossuth hat Recht, wenn er sagt: Der un-garische Reichstag ist nichts als ein Registrationsbureau; die Politik wird in der Wiener Hofburg gemacht und der jeweilige Reichskanzler hat nur das zu vollführen, was man ihm dort vor-schreibt. — Doch ich muß dem nichtösterreichischen Leser auch den Begriff Kamarilla ein wenig erklären. Unter Kamarilla versteht man hierzulande jene Clique erzherzoglicher Gamaischenben oder gamaischenbennerischer Erzherzoge, an deren Spitze der berühmte Erzherzog Albrecht, ein Soldatenkinder erster Sorte, steht. Diese Clique war seit Langem, Dank den militärischen Niederlagen Oesterreichs, zum Schweigen verurtheilt. Doch seitdem man sich in Bosnien ausnahmsweise keine Blamage geholt, sondern die Häuflein Guerillas glücklich mit Aufwand einiger Armeekorps zerstreut hat, fühlt man sich wieder als erste Armee der Welt, und die sabeltrahende Kamarilla beginnt wieder dreist zu werden. Die Reaktion macht sich wieder nach Herzenslust breit, und seit Bach hat es keine solche schamlose Unter-ückung des öffentlichen Geistes gegeben, wie jetzt. Es scheint wahrlich, daß Oesterreich wieder Schläge braucht, damit es zu leidlicheren Zuständen kommen kann. Schade nur, daß diese Schläge immer das Volk und nicht die wirklichen Schuldigen zu fühlen bekommen, die schon so viel Unheil über unser Volk gebracht.

— Nizza, 12. Dezember. Zum ersten Mal erhalte ich den „Sozialdemokrat“, mit der freundlichen Aufforderung, Mitarbeiter Ihres werthen Blattes zu werden. Ueberglücklich, durch Sie wieder Fühlung mit der deutschen Sozialdemokratie zu erlangen, nehme ich mit Freuden Ihr Anerbieten an und werde von nun an regelmäßig mein Kontingent zur Mitarbeiterschaft des „Sozialdemokrat“ liefern. Bevor ich aber in Ihre Reihen eintrete, ist vielleicht eine kurze Prinzipienklärung meinerseits geboten, da ja bald ein Jahrzehnt verfloßen ist, seitdem ich Deutschland verlassen habe.

Demokrat, Sozialist und Revolutionär, will ich die Emanzipation des vierten Standes und durch das Proletariat die Befreiung der Menschheit aus Jahrtausend alter religiöser, politi-scher und ökonomischer Fesseln. Die politische Fessel ist und war die Monarchie, die Aristokratie, die Oligarchie; der Zukunft ent-spricht die Demokratie, die sich nie entäußernde direkte Volks-herrschaft. Die ökonomische Fessel hieß im Alterthum die Skla-verei, im Mittelalter die Leibeigenschaft, in der Jetztzeit das Lohnsystem; genossenschaftliche Arbeit, Erklärung des Grund und Bodens zum Gemeingut, sowie Abschaffung des individuellen Eigentums an allen Produktionsinstrumenten ist heute schon das Lösungswort der Denker und Arbeiter, morgen wird der reali-sirte Kollektivismus das physische Elend des Proletariats und den Parasitismus der Bourgeoisie austrotten. Die religiöse Fessel ist und war unter verschiedenen Namen der Spiritualismus, d. h. jene dualistische Auffassung des Weltalls, die, Geist und Materie trennend, soviel unsägliches Leid über die Menschheit gebracht. Wie konnte dem auch anders sein, da Geist und Körper im fortwährenden Wettstreit um die Hegemonie rangen? Der So-zialismus ist monistisch und huldigt einer rein atheistischen materia-listischen Moral, bei der Körper und Geist als untrennliche und gleichberechtigte Faktoren des menschlichen Organismus in und durcheinander wirken. Wer hier Gott und Unsterblichkeit vermischt, dem rufen wir das schöne Wort Göthe's in's Gedächtniß: „Der Materialismus verkörpert den Geist und durch-geistigt den Körper.“ — Auch die untergeordnete Stellung, die die heutige Gesellschaft der Frau anweist, verdanken wir vor-zugsweise dem Spiritualismus. Der Spiritualismus predigt den Haß des Fleisches, folglich Verachtung der Liebe und des Weibes. Der katholische Jungfrauenkultus hat eine tiefere sym-bolische Bedeutung als Mancher ahnt; denn indem er die Jung-fräulichkeit über Alles erhebt, erniedrigt er das Weib, dessen Liebe zum Manne nur durch die christliche Ehesegnung ihre theil-weise Entschuldigend findet. Der Sozialismus hingegen will Befreiung der Liebe aus den Banden des Rammons und des Vorurtheils, der Sozialismus will vollständige Gleichberechtigung beider Geschlechter in politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Beziehung. — Mit anderen Worten: der Sozialismus will die Republikanisierung des Staats, der Produktion und der Familie, d. h. die demokratisch-sozialistische Republik mit allen ihren lo-gischen Konsequenzen! —

Der seit fünf Tagen über ganz Frankreich wüthende Schneesturm hat Nizza gänzlich vom Verkehr mit dem übrigen Frank-reich abgeschlossen, und sind wir daher hier in der traffesten Ig-noranz über die letzten „Manoeuvres“, die unsere Herren Depu-tierten auf dem parlamentarischen Trapesa exekutiert haben. Soviel geht aber aus den früheren Verhandlungen zur Genüge hervor, um mit Zuversicht behaupten zu können, daß die jetzige National-versammlung absolut unfähig ist, irgend eine der schwebenden Tagesfragen im Sinne der Demokratie zu lösen, und daß die Amnestie der Republikaner, diese Lebensfrage für die Republik, wieder ad calendae graecas vertagt ist. Es tritt somit drin-gender als je die Pflicht an das demokratische Volk Frankreichs heran, für die sofortige Auflösung seiner verrätherischen National-versammlung zu agitiren und auf möglichst baldige Neuwahlen zu dringen. Die jetzige Nationalversammlung hat ohnehin schon längst aufgehört, den Willen Frankreichs zu repräsentiren, das vor zwei Jahren durch die Wiederwahl der 363 bloß seinem Widerwillen gegen die Mac-Mahon'schen Staatsstreichgeflüster den schärfsten Ausdruck geben wollte. Obwohl die wiedergewählten 363 schon bei ihrer ersten Wahl im Februar 1876 in über-wiegender Majorität ihren Wählern versprochen hatten, für die volle Amnestie, für die Trennung von Staat und Kirche, für die Herabsetzung der Militärpflicht etc. etc. zu stimmen, — sind heute noch all diese Versprechungen todter Buchstabe! Der Ver-rath der 363 ist somit offenkundig und das Volk muß bei den nächsten Wahlen, damit die Republik nicht für immer eine in

haltlose Form bleiben soll, nur Denjenigen seine Stimme geben, die sich kontraktlich verpflichtet, seine Forderungen getreulich aus-zuführen.

Der feierliche und über alle Beschreibung enthusiastische Em-pfang, den das arbeitende Frankreich allerorts den zurückkehrenden Kommunarern bereitet, der Triumphzug des edlen Blanqui in Marseille, sowie die Wahl der Sozialisten Roques in Buteaux, Humbert in Paris, Garel in Lyon und Cheri in Lille sind spre-chende Zeugen des wiedererwachenden revolutionären Geistes und uns eine sichere Bürgschaft, daß eine heute aus allgemeiner Wahlen hervorgehende Nationalversammlung wenigstens hinsicht-lich der Amnestie den Wünschen der Demokratie gerecht würde. Die zukünftige Nationalversammlung müßte jedoch, um in Frankreich durch Erlassung einer vollen Amnestie eine neue und wahrhaft republikanische Aera zu inauguiriren, zuvörderst rückhaltlos an die exemplarische Züchtigung der Henter und Schergen der Kommune schreiten. Das verlebte nationale Ge-wissen, die Gerechtigkeit und die öffentliche Ordnung verlangen gebieterisch die Amnestie der Sozialisten, die Bestrafung der neu-kaledonischen Henter und die Landesverweisung der Kronpos-tulanten!

Mit Gruß und Handschlag allen deutschen Parteigenossen
Friedrich Stadelberg.

Gingefandt.

Gehrte Redaktion! Ich ersuche Sie, nicht nur in meinem eigenen Namen, sondern in dem vieler hiesigen Genossen, welche über die elenden Verdächtigungen unserer bewährtesten deutschen Genossen (Liebknecht, Bebel, Bahlsch u. s. w.) in der „Freiheit“ empört sind, diese Zeilen in unserem Parteiorgan „Sozialdemo-krat“ zu veröffentlichen, damit unsere Genossen in Deutschland wissen, daß die hiesigen Genossen keineswegs alle mit dem Treiben einer gewissen Clique einverstanden sind. Die „Freiheit“ hat die Aufnahme verweigert.

Wir sind der Anschauung, daß sich unser Genosse Liebknecht jederzeit als ein prinzipientreuer Vorkämpfer der Sozialdemokratie gezeigt hat und zwar heute so gut, als ehemals. Er und unsere übrigen deutschen Genossen handeln durch ihre kluge Besonnenheit jedenfalls viel mehr im Interesse der Partei, als gewisse Leute, welche unaufhörlich und mit großer Wichtigkeit die alten Revolutionsphrasen wiederläuten, sonst aber nichts als heben und Unwissende fanatisiren können. Der unqualifizirbare Artikel über Liebknecht in Nr. 47 der „Freiheit“ hat zahlreiche hiesige Genossen empört und die Redaktion der „Freiheit“ sowohl als auch die Mitglieder der Pressekommision haben dafür von zahl-reichen hiesigen Genossen schon verschiedene unangenehme Dinge zu hören bekommen. Wir sind über dies Treiben um so auf-gebracht, als in unserem Verein seit der Anwesenheit gewisser Leute und durch deren Heberei und Eigenmächtigkeit beständig Streit und Zwietracht herrscht. Alle Versuche, diese Leute zur Rühenshaft zu ziehen, sind aber bis jetzt gescheitert, indem es denselben infolge der Unerfahrenheit vieler Mitglieder und des ständigen Wechsels derselben gelang, diese unter ihrem Einfluß zu halten. Bringen dann einige Mitglieder eine entsprechende dem wüsten Treiben ein Ziel setzende Tagesordnung ein, so finden sich sofort einige Schreier, welche Uebergang zur Tagesord-nung beantragen; und hier wie überall gibt es dann Leichtgläu-bige genug, welche hohle Schwärmer für große Männer halten und ihnen zu Gefallen stimmen. Das Nothwendigste in unserer Bewegung, die prinzipielle Aufklärung und Durchbildung fehlt hier vollständig. Es wäre besser, die „Freiheit“ beschäftigte sich damit, anstatt mit der Verdächtigung und Schulmeisterung der deutschen Genossen und ihrer Bestrebungen und der Erfindung neuer Klafworte.

Wenn die „Freiheit“ so wirkte, dann würde sie auch lebe-rfähiger sein als sie ist, nicht nach einjährigem Bestehen nur 763 zahlende Abonnenten — i. London selbst nur 89 zählen und nicht gezwungen sein, durch öffentliches Ausschreiben 200 Abonnenten zu suchen, damit sich das Blatt decken könne. Dann würde die „Freiheit“ auch zum Besten der Partei wirken und derselben neben dem „Sozialdemokrat“ willkommen sein können. Un aber das zu bewirken, dazu gehört vor Allem ein guter Wille und deshalb neue Personen; dazu gehört vor Allem, daß sich die hiesigen Genossen aufrufen und sich von der Herrschaft jener ränkeächtigen Clique befreien, welche dahier schon soviel Zwi-tracht und Unheil gestiftet hat. Fort mit Personen, es lebe die Sache!
Emil Schiele,

70 Castle Street Berners Street W.

Nach Schluß des Blattes eingetroffen:

y. Magdeburg, 23. Dezember Nachts (Telegramm). Die soeben benannte Stichwahl hat ein glänzendes Resultat für uns ergeben. Allerdings vermochten wir, wie vorauszusagen, der Macht der vereinigten „Ordnungspartei“ gegenüber unsere Kandidaten nicht durchzusetzen. Aber wir vereinigten auf ihn mehr als tausend Stimmen mehr als in der letzten Wahl vor dem Sozialistengesetz: nämlich 7312 gegen 8453 liberale Stimmen. Ein wahrer Pyrrhussieg für die „Ordnung“, denn ihre Anhängerzahl fiel während der Dauer des Ausnahmegesetzes von 13.060 auf 8453, während sich die unsere von 6253 auf 7312 erhoben hat. — Hoch die Sozialdemokratie!

Für den Unterstützungsfonds sind eingegangen:

Vom 15. bis 21. Dezember: Leipzig 47.15; S. Leipzig 20.—; Akenburg 10.—; Genossen in Paris, 1. Sendung 25.—; Leipzig 8.—; Stuttgart 25.—; J., Oerka a. d. Weira 5.—; Leipzig 2.40; Dortmund 4.—; Mannheim 18.12; Weihnachtsfreude, Leipzig 5.—; Mit dem Motto:

Für Freiheit, Menschenrecht
Sei viele keine Gabe,
Der Tyrann zum Trost,
Dem Armen eine Lade.
Verliert nicht den Muth
Trotz Kerker und der Fesseln,
Denn diese Weiberbrut
Nimmt noch ein schlechtes End,

Nürnberg 60.—; Birnbaum 5.—; J., Leipzig 2.—; Speyer 50.—; Leipzig 100.—; Weihnachtsfreude, Leipzig 3.50; W., Damlurg 18.—; Hamburg 14.30; Hamburg 15.—; Dortmund 5.—; Potsdam 3.60; Fr., Leipzig 1.—; Frankenhäuser 20.—; Straßburg 8.63 Mar L.

Für den Magdeburger Wahlfonds sind eingegangen:
85.50 Mar L.